Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4494**
16. Wahlperiode 02. 03. 2007

Fragen

für die Fragestunde der 84. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 7. März 2007

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

1. Abgeordneter **Dr. Hakki Keskin** (DIE LINKE.)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der geplanten Sanktionsverschärfungen beim Zuwanderungs- und Aufenthaltsrecht auf den Integrationserfolg der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Migranten (vgl. gemeinsame Presseerklärung von Interkulturellem Rat, PRO ASYL und DGB, http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm_redakteure/Archiv/Stellungnahmen/Stellungnahme-AEnderungsgesetz-260207.pdf)?

2. Abgeordneter **Dr. Hakki Keskin** (DIE LINKE.)

Was genau versteht die Bundesregierung unter einem „besonders integrationsfeindlichen Charakter“ und einem „verwerflichen Verhalten“, mit denen sie in ihrem Gesetzentwurf zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher EU-Richtlinien ihre Sanktionsverschärfungen begründet (vgl. taz v. 27. Februar 2007, S. 7)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

3. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung im Hinblick auf die Rechtmäßigkeit eines öffentlichen Beteiligungsverfahrens, dass die zur Einsicht ausliegenden Unterlagen von Freisetzungsversuchen transgener Kulturpflanzen der Firma BASF teilweise nicht in Deutsch vorliegen?

4. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wird der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Horst Seehofer, sich im Interesse der Glaubwürdigkeit des EU-Ökolandbaus engagieren, damit die vom Agrarministerrat angedachte Flexibilitätsregelung für bestimmte Lebensmittel- und Futtermittelzusatzstoffe (z. B. Vitamine), die letztlich einen Abbau des Ökostandards darstellt, nicht eingeführt wird, und wenn ja, in welcher Weise?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

5. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Wie viele Bundeswehrangehörige gingen 2006 einer Nebentätigkeit nach, und in welchen Institutionen und Unternehmen gingen sie dieser Nebentätigkeit nach?

6. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung die von Vertretern der Union und SPD geäußerte Auffassung (ddp-Meldung vom 27. Februar 2007, 23.13 Uhr), dass mit einer Ausdehnung des Afghanistanmandates der Bundeswehr noch über die Entsendung von Tornado-Aufklärungsflugzeugen hinaus zu rechnen ist und deutsche Bodentruppen auch im Süden und Osten des Landes aktiv werden könnten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

7. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse belegen die Aussage „Ortsumgehungen sind also per se Lärm entlastende Maßnahmen für viele Bürger“ des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Nationalen Verkehrslärmschutzpaket „Lärm vermeiden – vor Lärm schützen“, wo doch Ortsumgehungen in der Regel bisher verkehrslärmfreie Gebiete durchschneiden und die Erreichung der Relevanzschwelle von 3 dB(A) – ab hier können die Anwohner der bisherigen Ortsdurchfahrt eine Lärmentlastung hören – eine 50-prozentige Verkehrsverlagerung voraussetzt, die durch die meisten Ortsumfahrungen nicht erreicht wird, und wie quantifiziert die Bundesregierung monetär den laut Nationalem Verkehrslärmschutzpaket im Vergleich zu Kommunal- und Landesstraßen nur noch vergleichsweise geringen Lärmsanierungsbedarf an Bundesfernstraßen?

8. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Gründe sind dafür maßgebend, dass das Eisenbahn-Bundesamt Planunterlagen laufender Planfeststellungsverfahren, die für potenziell Verfahrensbetroffene von hohem Nutzen wären und problemlos, da elektronisch vorhanden, ins Internet gestellt

werden könnten, nicht generell ins Internet stellt, und kann sich die Bundesregierung vorstellen, auch bei der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes Planunterlagen laufender Planfeststellungsverfahren im Internet zur Verfügung zu stellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

9. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung mit welchem Erfolg ergriffen, um sicherzustellen, dass die Sicherheitskultur der Firma Vattenfall als Atomkraftwerksbetreiber in Deutschland höher ist als in Schweden?

10. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hat die Bundesregierung einen unabhängigen Untersuchungsbericht über die Sicherheitskultur der Firma Vattenfall als Atomkraftwerksbetreiber in Deutschland angefragt, oder beabsichtigt sie, dies zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

11. Abgeordnete **Cornelia Hirsch** (DIE LINKE.)

Welche Inhalte sind in dem Bericht des UN-Menschenrechtsinspektors Vernor Muñoz über das deutsche Bildungssystem, der der Bundesregierung laut Medienberichten vorliegt, aus ihrer Sicht falsch dargestellt, und welche Korrekturen möchte die Bundesregierung vor der Veröffentlichung des Berichtes durchsetzen?

12. Abgeordnete **Cornelia Hirsch** (DIE LINKE.)

Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, dass sie in diesem Jahr angesichts einer – laut ihren Aussagen – „nach wie vor angespannten Haushaltslage“ im sechsten Jahr in Folge auf eine Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge beim BAföG verzichten will, aber zugleich eine Unternehmensteuerreform beschlossen hat, mit der sie auf Einnahmen in Milliardenhöhe verzichtet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

13. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die auch von Teilen der Fraktion der CDU/CSU geäußerte Auffassung, dass mit der von der Bundesregierung geplanten drastischen Einschränkung der Sofortabschreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter erheblicher bürokratischer Aufwand für die Unternehmen verbunden ist, und sieht die Bundesregierung in der im Ausland üblichen sog. Poolabschreibung gleichartiger Wirtschaftsgüter einen gangbaren Weg, um diesen bürokratischen Mehraufwand zu begrenzen?

14. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch Veränderung welcher Elemente der Unternehmensteuerreform will die Bundesregierung die vom Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, als Reaktion auf die Kritik des SPD-Parteirats angekündigte Veränderung der zeitlichen Verteilung bei der Gegenfinanzierung (vgl. Handelsblatt v. 27. Februar 2007) bewerkstelligen, und wie werden diese Veränderungen konkret aussehen?

15. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist die Position der Bundesregierung zum Beschluss des niederländischen Parlaments, unternehmensinterne Zinszahlungen mit einem effektiven Steuersatz von fünf Prozent zu besteuern, und wird die Bundesregierung versuchen, über die Code-of-Conduct-Gruppe der EU die niederländische Regelung zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

16. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um gezielt Frauen für die Unternehmensnachfolge von Unternehmen mit weniger als fünf vollzeitäquivalent Beschäftigten und Unternehmen mit mehr als fünf vollzeitäquivalent Beschäftigten in den neuen Bundesländern zu gewinnen, und welchen Erfolg hatten diese Maßnahmen in den Jahren 2005 und 2006?

17. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass Dr. Gerhard Cromme als Aufsichtsratsvorsitzender von Thyssen-Krupp für ein Unternehmen die Verantwortung trägt, dass von der EU-Kommission zu einer Geldbuße von 479,7 Mio. Euro wegen Preisabsprachen und Kartellbildung zum Nachteil der Steuerzahler verhängt hat, in Anbetracht der Tatsache, dass Dr. Gerhard Cromme gleichzeitig Vorsitzender der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex ist und in dieser Funktion weltweit für Vertrauen bei Anlegern, Kunden und Mitarbeitern in die Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften wirbt, und wird die Bundesregierung Dr. Gerhard Cromme deshalb den Vorsitz der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex entziehen?

18. Abgeordneter
Hüseyin-Kenan Aydin
(DIE LINKE.)

Ist eine Entscheidung über die Vergabe einer deutschen Exportkreditgarantie für das umstrittene Ilisu-Staudammprojekt in der Türkei für die Sitzung des zuständigen Interministeriellen Ausschusses am 8. März 2007 zu erwarten?

19. Abgeordneter
Hüseyin-Kenan Aydin
(DIE LINKE.)

Schließt sich die Bundesregierung angesichts der 2006 gemeinsam von den Exportkreditagenturen Deutschlands, der Schweiz und Österreichs gegebene Grundsatzzusage der Aussage des österreichischen Finanzministers Wilhelm Molterer an, dass das Ilisu-Staudammprojekt „auf jeden Fall realisiert“ wird (http://news.orf.at v. 27. Februar 2007)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

20. Abgeordnete
Ina Lenke
(FDP)

Wann wird das wissenschaftliche Kompetenzzentrum für Familienleistungen, das nach Äußerung des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Hermann Kues, in der Plenardebatte vom 1. März 2007 zum „Bericht der Bundesregierung über den Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder

unter drei Jahren 2006“ (Bundestagsdrucksache 16/2250) tragfähige und sozial ausgewogene Vorschläge zur Finanzierung des Ausbaus der Betreuungsinfrastruktur liefern soll, erste Ergebnisse vorstellen?

21. Abgeordnete **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie gestaltet sich die Prüfung der familienpolitischen Leistungen durch die Bundesregierung, und in welchem Zusammenhang steht sie mit dem angekündigten Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten für unter Dreijährige?

22. Abgeordnete **Ekin Deligöz** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welchen Beitrag des Bundes plant die Bundesregierung bei dem von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Ursula von der Leyen, angekündigten Ausbau von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige?

23. Abgeordnete **Ekin Deligöz** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Schließt die Bundesregierung aus, dass für den angekündigten Ausbau von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige Finanzmittel aus dem Bereich der Förderung von Familien herangezogen und umgeschichtet werden?

24. Abgeordnete **Krista Sager** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche finanziellen und strukturellen Maßnahmen für den Ausbau und die Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung beabsichtigt die Bundesregierung zwischen welchen Akteuren in dem „Pakt für Kinder“ zu vereinbaren?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

25. Abgeordneter **Dr. Norman Paech** (DIE LINKE.)

Hat die Bundesregierung den offenen Brief an die Bundeskanzlerin vom 19. Februar 2007, unterzeichnet von 15 deutschen Wissenschaftlern, darunter dem Soziologen Oskar Negt, dem Kernphysiker Hans-Peter Dürr und dem Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer, zur Kenntnis genommen, und wenn ja, in welcher Form hat sie darauf reagiert oder plant dies in Zukunft zu tun?

26. Abgeordneter **Dr. Norman Paech** (DIE LINKE.)

Wie steht die Bundesregierung zu den in diesem offenen Brief an die Bundeskanzlerin enthaltenen Appellen, insbesondere der Aufforderung, dem Einsatz militärischer Gewalt gegen den Iran eine unmissverständliche Absage zu erteilen?

27. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Wie erklärt sich die Staatsministerin Dr. Maria Böhmer den Widerspruch zwischen ihren Aussagen in der Fragestunde der Bundesregierung vom 8. November 2006 (s. Plenarprotokoll 16/62), dass bei ihrem Gespräch mit dem türkischen Erziehungsminister Celik in Ankara er ihr das Angebot unterbreitet habe, Vorbereitungskurse in der Türkei durchzuführen, um insbesondere jungen Frauen, die im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland kommen, die Integration zu erleichtern, dass bei den anschließenden Gesprächen mit Staatsministerin Nimet Çubukçu sowohl in Ankara als auch später in Berlin von deren Seite mit Nachdruck die Notwendigkeit eines frühen Erwerbs der deutschen Sprache schon vor Einreise nach Deutschland betont und der Vorschlag für Vorbereitungskurse erörtert worden sei und dass Staatsministerin Nimet Çubukçu sie darüber informiert habe, dass Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan Erziehungsminister Celik angewiesen habe, die Vorbereitungskurse auf den Weg zu bringen, und der Aussage des türkischen Außenministers Abdullah Gül, der auf dem Treffen mit Türkei-stämmigen Parlamentariern und Parlamentarierinnen am 24. Februar 2007 in Ankara diese Aussagen der Staatsministerin Dr. Maria Böhmer als unzutreffend zurückwies?

28. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Wie viele bilaterale Gespräche zwischen der Bundesregierung und der türkischen Regierung haben seit dem Besuch der türkischen Staatsministerin Nimet Çubukçu am 26. Oktober 2006 im Bundeskanzleramt stattgefunden (bitte Angaben zu Ort, Datum und Inhalt)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

29. Abgeordnete **Heidrun Bluhm** (DIE LINKE.)

Entspricht es der Tatsache, dass Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Schöffen oder Stadtvertreter als Einkommen auf das ALG II angerechnet werden, und wenn ja, auf welcher Rechtsgrundlage erfolgt dies?

30. Abgeordnete
Heidrun
Bluhm
(DIE LINKE.)

Welche gesetzlichen oder anderen Maßnahmen erwägt die Bundesregierung, die dadurch drohende Verdrängung von gesellschaftlich engagierten ALG-II-Empfängern zu verhindern und Anreize zu ehrenamtlichem Handeln auch für Langzeitarbeitslose zu erhalten?

31. Abgeordneter
Markus
Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In welcher Weise und bis wann beabsichtigt die Bundesregierung, auf die Bundesagentur für Arbeit einzuwirken, um eine unverzügliche und automatische Übertragung der Bescheinigung des Bezugs von Arbeitslosengeld II an die Gebühreneinzugszentrale zu gewährleisten, damit die kontinuierliche Rundfunkgebührenbefreiung von ALG-II-Beziehenden gesichert ist?

32. Abgeordneter
Markus
Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hält die Bundesregierung es für gerechtfertigt, wenn Leistungsbeziehende von Beginn des Bezugs des ALG II an ihre Rundfunkgeräte zunächst abmelden und erst zu dem Zeitpunkt wieder anmelden, an dem die Gebührenbefreiung erteilt wird, um sicherzustellen, dass das ALG II nicht ungerechtfertigt geschmälert wird?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

33. Abgeordneter
Volker
Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung das Ergebnis der Oslo-Konferenz zu Streumunition vom 23. Februar 2007, und welche Position vertritt die Bundesregierung – inklusive der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Heidemarie Wieczorek-Zeul – hinsichtlich der Frage, ob aus Sicht der Bundesregierung ein rechtlich verbindliches Verbot für jegliche Streumunition oder nur für als besonders gefährlich zu definierende Streumunition erreicht werden soll?

34. Abgeordneter
Volker
Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Was sind die Eckpunkte des Textentwurfs, den die Bundesregierung in Kürze für das angestrebte Streumunitionsverbot im Rahmen des neu geschaffenen Oslo-Prozesses einbringen will, und wie bewertet die Bundesregierung die Erfolgsaussichten, wenn neben dem Oslo-Prozess gleichzeitig auch im Rahmen des

Waffenübereinkommens der Vereinten Nationen an einer Regelung zum Streumunitionseinsatz gearbeitet wird?

35. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung die Kritik des russischen Präsidenten, Wladimir Putin, am Unilateralismus der USA, der zu einer „fast durch nichts gezügelte(n) und übertriebene(n) Anwendung von militärischer Gewalt in den internationalen Angelegenheiten“ führte, und wie wird die Bundesregierung auf die von Wladimir Putin formulierte Sorge über das Heranrücken der „Vortrupps“ der NATO an die russische Staatsgrenze – z. B. durch die Einrichtung US-amerikanischer Basen in Bulgarien und Rumänien oder den Bau einer US-Radarstation in Tschechien und eines US-Raketensilos in Polen – antworten, um eine mögliche Destabilisierung zu verhindern?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333